

II-3241 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1657/J

1988 -02- 2 5

A n f r a g e

der Abgeordneten Helmuth Stocker, Dr. Müller, Mag. Guggenberger
und Genossen
an den
Bundesminister für Justiz
betreffend Klage von seiten des Bundespräsidenten.

Bundespräsident Dr. Waldheim hat in seiner Fernsehrede vom
15. Februar erklärt, daß Anschuldigungen, die sein Glaub-
würdigkeit in Zweifel stellen, unbegründet sind und daß er
sich diesbezüglichen Vorwürfen in Hinkunft widersetzen und
"Unzumutbarem mit aller Entschiedenheit entgentreten werde."

Einen Tag nach dieser Erklärung hat die Österreichische Hoch-
schülerschaft an der Universität Salzburg unter der Überschrift
"Lügner darf nicht länger Präsidentschaftskandidat sein", über
die APA folgende Erklärung veröffentlicht:

"Sie haben in den vergangenen Jahren Ihre Tätigkeit und Ihr
Wissen in der Wehrmacht des NS-Deutschland verschwiegen und
verharmlost". Ein Lügner dürfe jedoch nicht länger in der
Präsidentschaftskanzlei residieren, heißt es in einem offenen
Brief am Dienstag von der ÖH-Salzburg an Waldheim, worin der
Bundespräsident zum Rücktritt aufgefordert wurde. "Falls Sie
diesen Schritt nicht setzen sollten, wird die Hochschülerschaft
an der Universität Salzburg ihre Berechtigung, das österrei-
chische Bundeswappen zu führen, unter öffentlichem Protest
zurückweisen. Weitere Maßnahmen gegen das lügende Staatsober-
haupt der demokratischen Republik Österreich und sein unein-
sichtiges Verbleiben in der Hofburg werden folgen", stellte
die ÖH-Salzburg fest.

Die ÖH-Salzburg weiter:

"Sie haben eine internationale Historikerkommission bestellt,

- 2 -

um Ihre Vergangenheit aufzuhellen. Gleichzeitig wagen Sie es, beinahe alle Medien dieses Landes und jene Österreicher, die Sie nicht gewählt haben, als "Verleumder" zu beleidigen.

"Der Präsident igelt sich ein", ist die einhellige Meinung des In- und Auslandes. Sie haben in Ihrer gestrigen Fernsehansprache diesen Eindruck bestätigt, indem Sie sich als für sechs Jahre "unwiderruflich" gewählt erklärt haben.

Wir fordern Sie auf, Ihre Angriffe gegen aufrichtige, kritische Demokraten zurückzunehmen, die in der Verfassung verankerte Freiheit der Wissenschaft öffentlich zu garantieren und sich damit gegenüber den von Ihnen angegriffenen Historikern zu entschuldigen", heißt es in dem Brief.

Wenn der Bundespräsident die in seiner Fernseherklärung gemachte Ankündigung verwirklicht, dann müßte er auf solche Äußerungen klagen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e

Sind vom Bundespräsidenten rechtliche Schritte dagegen unternommen worden, daß er in einer von der APA verbreiteten Erklärung als "das lügende Staatsoberhaupt der demokratischen Republik Österreich" bezeichnet wurde ?

Wenn ja, um welche Schritte hat es sich dabei gehandelt ?